



Fast unbezahlbar: Eine starke Marke! Exportschlager, wie die Uhren von Omega, bringen nicht nur die Kassen auf den internationalen Märkten zum Klingeln, sondern helfen auch einem Land im Ausland ein bestimmtes, möglichst positives Ansehen und Image zu erlangen. Für die kleine, offene Schweiz ist die Exportwirtschaft von enormer Bedeutung. Mit dem wachsenden Wohlstand hat allerdings auch die Abhängigkeit von globalen Märkten in den letzten Jahren markant zugenommen.

Herbert Fritschi unplugged

Antriebskräfte des Wachstums

Nicht alles was wächst, ist nachhaltiges Wachstum, das auf Fortschritt und Weiterentwicklung basiert. Das widerstandsfähige Wachstum stammt aus einem Mix an sowohl kontinuierlichen Neuerungen und disruptiven Basisinnovationen als auch an der sorgsam Pflege und Weiterentwicklung von altbewährten Produkten und Dienstleistungen. Die unmittelbar grössten

(quantitativen) Wachstumsschübe gehen jeweils von Innovationsschüben aus, die in grösseren Zeitabständen (Wellen) auftreten. Zu den bekanntesten Wachstumswellen gehören diejenigen Innovationen auf dem Gebiet der Dampfkraft (Beginn der ‚Industriellen Revolution‘), im Bereich des Verkehrswesens, in den Disziplinen Chemie/Elektrizität/Verbrennungsmotoren sowie im Technologiebereich (Computer, Internet, Telekommunikation, E-Commerce, Automation/Roboter usw.). Heute wird auf ganz verschiedenen Gebieten intensiv geforscht und entwickelt. Die nächsten grossen Innovationssprünge sind beispielsweise in den Bereichen Gesundheit und Alternativenergien denkbar.

Die Weltwirtschaft könnte einen neuerlichen Stimulus gut gebrauchen. Denn eine Serie von wirtschaftlichen Rückschlägen hat der Weltwirtschaft zugesetzt (Platzen der Technologieblase, Krieg gegen den Terror, Banken-/Finanzkrise, Zahlungsschwierigkeiten diverser Länder). In vielen etablierten Industriestaaten hat sich das Dekadenwachstum (10-Jahreswachstum) auf ein vergleichsweise tiefes Niveau verlangsamt. Frühere Wachstumsmotoren wie Japan oder Teile Europas kämpfen um die Marke Nullwachstum. Da nun auch viele aufstrebende Länder tiefere Wachstumsraten verzeichnen, wird die Weltwirtschaft 2015 verglichen mit früheren Perioden ‚nur‘ um etwa 3% expandieren. Die Risiken einer weiteren Stimmungseintrübung stufen wir grösser ein als die Chancen für eine Konjunkturbelebung.

Die Welt ist auf Wachstum eingestellt. Sobald sich das Wachstum merklich verlangsamt oder gar ins Negative kippt, nehmen die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Spannungen rapide zu. Es braucht dann nur noch wenige auslösende Elemente und das System tritt in eine Phase der Instabilität ein, was zu (temporären) Wohlstandseinbussen führt. Es erscheint daher sinnvoll, wenn wir Menschen lernen, auch mit wenig Wachstum möglichst gut umzugehen. Selbst vorübergehende Wachstumseinbrüche müssen keinen qualitativen Rückschritt bedeuten. Die Menschheit ist fähig selbst in der grössten Krise (Not) neue Kräfte zu sammeln und zu bündeln, um neue Auftriebskräfte freizusetzen.

Grad der Konkurrenzfähigkeit entscheidet über wirtschaftlichen Erfolg

Industriestaaten mit ihrem hohen Lohnniveau und ihren hohen Lebenshaltungskosten sind auf neue Innovationen angewiesen, um weiter wachsen zu können; die hohe Kostenstruktur ist zu einem Wettbewerbsnachteil geworden. Schwellenländer mit ihrem relativ niedrigen Lohnniveau können noch auf Jahre hinaus für ihre wirtschaftliche Aufholjagd Innovationen benutzen, die früher in anderen Ländern hervorgebracht worden sind. Doch auch in den Schwellenländern nimmt die Bedeutung von Facharbeitern/Fachkräften stetig zu. Dabei trumpfen die aufstrebenden Länder immer noch hauptsächlich mit niedrigen Preisen anstatt mit eigenen Innovationen. Doch der Rückstand zu den (alten) Industriestaaten verringert sich von Jahr zu Jahr.

Für das globale Wachstum spielen die Austauschrelationen zwischen den verschiedenen Nationen (Wechselkurse) eine nicht so wesentliche Rolle: Für das einzelne Land sind Wechselkursaspekte jedoch von grosser Bedeutung. Hier können die Devisenkurse einen zentralen Wirtschaftsfaktor darstellen. Ein Wechselkurs, der deutlich über oder unter der sogenannten Kaufkraftparität notiert, kann die Exportwirtschaft spürbar belasten bzw. entlasten.

Auch der nationale Kapital- und Finanzmarkt muss international konkurrenzfähig und aufnahmefähig sein. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass eine (Volks-)Wirtschaft auf Gelder von Banken und Sparer zählen kann, um in Wachstumsperioden expandieren zu

können und um Krisen möglichst unbeschadet zu überstehen. Eine intakte, gut funktionierende Infrastruktur ist wichtige Grundvoraussetzung, um eine höchstmögliche Stabilität überhaupt erreichen zu können. Aufsichtsbehörden und Regulatoren tragen das ihrige dazu bei, dass eine Volkswirtschaft nicht unbemerkt und ungebremst in eine grosse Schieflage gerät.

Im internationalen Wettbewerb um Wachstumsanteile spielt der Grad der Konkurrenzfähigkeit (vis-à-vis Handelspartner) die alles entscheidende Rolle. Staaten, in denen das Wachstum nur durch wenige konkurrenzfähige Säulen getragen wird, drohen früher oder später Opfer ihrer zu einseitig ausgerichteten Wirtschaft zu werden. Gegenüber Rohstoffen und Grundnahrungsmitteln, welche standardisiert angeboten werden und darum einem brutalen Preiswettbewerb ausgesetzt sind, haben weiterverarbeitete Produkte den Vorteil, dass sie aufgrund der zusätzlichen Wertschöpfung eine Produktdifferenzierung (Mehrwert) aufweisen, für die die Abnehmer bereit sind, einen Aufpreis zu bezahlen. Weiterverarbeitete Produkte weisen meist eine etwas höhere Gewinnmarge aus; im Idealfall ist bei nicht-standardisierten Waren und Dienstleistungen auch die Nachfrage etwas weniger volatil als bei Rohstoffen.

Das Resultat eines nachhaltigen Wachstums ist ein höherer Lebensstandard. Es genügt aber nicht, wenn nur das Volkseinkommen wächst. Für den Einzelnen zählt das inflationsbereinigte Einkommen pro Kopf. Noch aussagefähiger sind Angaben zum Medianwert. Der Medianwert entspricht dem Wert, bei dem für die Hälfte der Arbeitsstellen (50%) der Lohn über diesem Wert liegt und für die andere Hälfte unter diesem Niveau. Daneben gilt es selbstverständlich die Lebensqualität zu berücksichtigen.

Wirtschaftswachstum dank Innovationen

Bedeutende Innovationen stellen, sofern sie auch wirklich einen Nachfragesog auszulösen vermögen, den ganz grossen Wurf für die Erfinder und Markteinführer dar. Sie sind geeignet, eine Euphorie auszulösen und tragen dazu bei, dass sich die wirtschaftliche Stimmung spürbar aufhellt. Innovationen entstehen einerseits durch systematisches Denken/Herleiten (Deduktion) und andererseits durch systematische Experimente (Induktion); dies oftmals unter Anwendung von Spitzentechnologie im Prozess der Forschung und Entwicklung. Auch Verbesserungen an bestehenden Produkten und Produktionsprozessen gehören dazu (Methode der kleinen Schritte). Im Dienstleistungsbereich sind Innovationen ebenfalls möglich. Im Technologiezeitalter kommt es zunehmend zu einer Vermischung zwischen Industrie und Dienstleistungen.

► Voraussetzungen für Innovationen

Die Innovationsfreudigkeit wird durch ein gut ausgebautes Bildungssystem und einem gut funktionierenden Arbeitsmarkt mit möglichst vielen Berufszweigen und Bildungsstufen massiv erleichtert und angekurbelt. Mit ihrem dualen Bildungssystem (durchlässige Universitäre- und Berufsbildungswege) hat die Schweiz vorbildlich für qualitativ exzellente Rahmenbedingungen gesorgt. Für die Umsetzung von Innovationen braucht es ferner Risikobereitschaft und Kapital. Nicht zuletzt muss für Innovationen auch ein Absatzmarkt vorhanden sein oder geschaffen werden können (national und/oder international), um nachhaltig profitabel wirtschaften zu können. Die administrativen Hürden sollten möglichst tief gehalten werden. Gute Rahmenbedingungen sind eine wichtige Voraussetzung für das Entstehen von Innovationen. Flinke, reaktionsschnelle Firmen sind im Vorteil. Neu gegründete Firmen haben einen grossen Vorteil, indem sie sich fokussiert auf die Entwicklung von neuen

Innovationen konzentrieren können. Etablierte Firmen hingegen müssen neben dem Neuaufbau neuer Geschäftsbereiche oftmals auch noch alte Geschäftsstrukturen restrukturieren, rationalisieren oder sogar ganz abbauen.

► Opfer von Innovationen

Innovationen stimulieren das Wachstum. Sie haben aber auch eine zerstörerische Wirkung auf alte Produkte. Sie bremsen deren Wachstum oder verdrängen sie ganz aus dem Markt. Die Pioniere werden mit (vorübergehenden) Monopolgewinnen belohnt; die sozialen Kosten der ‚schöpferischen Zerstörung‘ zahlen andere! Nichtsdestotrotz darf man nicht auf Innovationen verzichten, sonst ergreifen andere die Initiative. Dies würde Stagnation oder im Extremfall den eigenen Untergang bedeuten. In einer Gesamtbetrachtung ist es wichtig, dass dank neue Innovationen insgesamt mehr Wachstum, Wohlstand und Fortschritt geschaffen wird.

Wirtschaftswachstum infolge laufender Produktivitätsverbesserungen

Produktivitätsgewinne sind ausgesprochen wichtig, damit eine Wirtschaft wachsen und gedeihen kann. Die Bedeutung der Produktivität wird meist unterschätzt und ist kaum ein Politikum, dabei verdanken wir einen sehr beachtlichen Teil des Wohlstandsgewinnes den Produktivitätsfortschritten. Heute ist ein durchschnittliches Wochenarbeitszeitpensum oft tiefer als im 19. oder 20. Jahrhundert, aber die Arbeitsbedingungen viel besser. Trotzdem ist der Ausstoss bedeutend höher. Der Einsatz von modernen Technologien (erfordert Kapital), die Optimierung von Ablaufprozessen und die Vereinfachung von Aufbauorganisationen sind Basis für Produktivitätsverbesserungen. Möglichst kontinuierliche Produktivitätsfortschritte sind gerade auch bei Firmen (und in der Verwaltung) gefragt, wo die angebotenen Produkte und Dienstleistungen im Zeitablauf eher wenige Veränderungen erfahren haben. Mit der Arbeitsproduktivität wird gemessen mit wie viel Input, welcher Output erzielt wird. In England, der Geburtsstätte der Industrialisierung, ist die Arbeitsproduktivität seit 1750 um mehr das Zehnfache gestiegen. Produktivitätssteigerungen machen die in Konkurrenz stehenden Unternehmungen wettbewerbsfähig und stärken die eigene Krisenresistenz. Insbesondere erleichtern Produktivitätszuwächse den Firmen Realloohnerhöhungen auszusprechen, was eine sehr gute Grundlage für das Gedeihen einer Volkswirtschaft darstellt. Alle Nationen, in denen die Realloohnerhöhungen die Produktivitätszuwächse deutlich übersteigen, dürften früher oder später ein (Wettbewerbs-)Problem bekommen. Der Schweizer Aussenhandel, der im Wettbewerb zur globalen Konkurrenz steht, leistete in den vergangenen Jahren einen erklecklichen Beitrag am gesamten Wirtschaftswachstum. Der Anteil der Waren- und Dienstleistungsausfuhren machte 2014 mehr als 50% des gesamten Bruttoinlandsprodukts aus. Vor dem Hintergrund der Frankenstärke ist die Erzielung von weiteren Produktivitätsfortschritten für die Schweiz immens wichtig.

Wirtschaftswachstum dank Bevölkerungszunahme

Es gibt einen sehr engen, natürlichen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Bevölkerungswachstum: Je mehr Menschen in einem Land leben, desto höher ist das aggregierte Bruttoinlandsprodukt. Es handelt sich hierbei aber in erster Linie um ein reines Mengenwachstum. Das Individuum profitiert von einem reinen Bevölkerungswachstum kaum. Sehr wohl davon profitieren können unter anderem Wohnungsanbieter u.v.m. Eine wichtige Rolle spielen in jedem Fall die Gründe für den Bevölkerungszuwachs und aus welchen Personenkreisen die Zunahme resultiert. Setzt sich der jeweilige Bevölkerungsanstieg vornehmlich aus einem Geburtenüberschuss (Geburten minus Todesfälle), aus einem

Einwanderungsüberschuss von (Ausland-)Schweizern, aus einem Zugang ausländischer Arbeitnehmenden oder aus der Einwanderung von Flüchtlingen zusammen? Ob eine Ein- und allenfalls auch eine Auswanderung reguliert werden kann oder sollte, ist ein kontrovers diskutiertes Thema: Die Meinungen gehen hier je nach politischer Grund- und Werthaltung stark auseinander. Klar ist, dass eine Zu- oder Abnahme bei der Bevölkerung einen erheblichen Einfluss auf das Wirtschaftsvolumen hat. Hier ein Beispiel: Gemäss den Zahlen des Staatssekretariats für Wirtschaft SECO stagnierte die Schweizer Wirtschaft (Bruttoinlandprodukt) im dritten Quartal 2015 gegenüber Vorquartal (April bis Juni 2015). Verglichen mit der Vorjahresperiode wuchs das Bruttoinlandprodukt um moderate 0.8%. In ihrer Langfristprognose zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 2015-2045 rechnet das Bundesamt für Statistik BFS mit einem durchschnittlichen jährlichen Bevölkerungswachstum von 0.7% (bei einer deutlichen Alterung in den nächsten 30 Jahren). Ohne die Bevölkerungszunahme der letzten 12 Monate hätte die Schweizer Wirtschaft praktisch an Ort getreten, was für einige Branchen bereits zu massiven Problemen führen würde (Unterauslastung/Überkapazität etc.). Trotzdem ist ein alleiniges Mengenwachstum kein Allerheilmittel. Stets stellt sich die Frage, ob genügend Raum und Arbeit (Nachfrage) dem grösseren Pool an Menschen gegenübersteht. Während in einigen Sektoren offene Stellen endlich besetzt werden können, kann es bei anderen Branchen zu ungesunden Konkurrenzsituationen kommen. Es ist ferner denkbar, dass ein plötzliches Überangebot an (günstigen) Arbeitskräften nicht wenige Unternehmungen von strukturell notwendigen Rationalisierungsschritten abhält und dadurch der gespürte Innovationsdruck (temporär) schwindet. Ein Verschlafen von dringend notwendigen Anpassungen könnte sich später rächen. Eine umfassende, qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung, eine höhere Sensibilisierung für Gesundheitsprävention und eine zum Teil gesündere Lebensweise haben dazu geführt, dass die Lebenserwartung in den letzten Jahrzehnten enorm gestiegen ist. In der Schweiz liegt das sogenannte Medianalter bei etwa 42 Jahren (50 % sind jünger, 50 % älter). Zum Vergleich: In China liegen die Vergleichswerte bei 37 Jahren, in Deutschland bei 46 Jahren, in den USA bei 38 Jahren und in Japan, das mit einer rückläufigen Bevölkerungszahl konfrontiert ist, bei 47 Jahren. Demgegenüber beträgt das Medianalter in Indien bei nur 27 Jahre. Noch tiefer ist das Medianalter mit 24 Jahren auf den Philippinen, wo die Wirtschaft mit starken Wachstumsraten glänzt. Einiges deutet darauf hin, dass es Länder mit einem relativ tiefen Medianalter tendenziell leichter haben, ein überdurchschnittliches Wachstumstempo zu erreichen. Veränderungen in der Altersstruktur führen automatisch zu Veränderungen bei der Art der nachgefragten Güter und Dienstleistungen. In einer alternden Gesellschaft gewinnt der Gesundheitssektor an Bedeutung. Bei einer rückläufigen Population ist eine Schrumpfung des Bruttoinlandprodukts praktisch vorprogrammiert (siehe Japan). Dem kann die Politik, falls die Menschen dies wünschen, mit einer proaktiven Familien- und Migrationspolitik begegnen. China hat neulich entschieden, ihre Einkind-Politik aufzugeben.

Wirtschaftswachstum dank weitsichtiger Umweltpolitik

Das Ziel einer dauerhaften Umweltpolitik ist es, das Wohlstandsniveau und die Möglichkeiten einer weiteren Steigerung dauerhaft zu sichern. Das Motto lautet: Nicht schneller, aber deutlich länger. Die Transformation zur Sicherung einer nachhaltigen, hohen Lebensqualität für die kommenden Generationen beansprucht Wille, Zeit, Ausdauer und Anschubkosten. Als Belohnung winken langfristige Wohlstandsgewinne u. a. in Form von Qualitätsverbesserungen (infolge der tieferen Umweltbelastung) in den Bereichen Gesundheit/Lebensdauer, Luft/Wasser, Nahrungsmittel. Auch die Abnutzung an Gebäuden und Anlagen aufgrund schädlicher Umwelteinflüsse kann mittels einer international koordinierten

und national umgesetzten Umweltstrategie reduziert werden. Die Erschliessung neuer, nachhaltiger Energiequellen trägt zudem zur Schonung der Landschaft bei. Allgemein werden das Verständnis und die Sensibilität für Umweltthemen in sinnvoller Weise erhöht. Am Pariser Klimagipfel 2015 ringen Regierungsvertreter und Sachverständige um eine Vereinbarung gemeinsamer Umweltziele; ein klarer Schritt in die richtige Richtung. Ein möglichst schonender Umgang mit (natürlichen) Ressourcen kann langfristig zu deutlichen Kosteneinsparungen führen. Ökologie ist keine Wachstumsbremse, sondern ein Wachstumsmotor! Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft, welche Umweltaspekte bei der Ausarbeitung von Strategien vernachlässigen und Umweltprobleme verniedlichen, könnten dereinst von den ökologischen Ereignissen weggefegt werden.

Geldpolitische Beeinflussung der Konjunktur durch die Notenbanken

Die Zentralbanken können auf die Wirtschaftsentwicklung mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln und ihm Rahmen der Zielerreichung von stark stimulierend bis bremsend auf den Wirtschaftsverlauf einwirken. Dies, obschon die Notenbanken gar keine expliziten Wirtschaftswachstumsziele verfolgen: Sie tun dies aber indirekt! Zu den formulierten Zielen gehören meistens Inflationsziele und solche zur Beschäftigung. Wichtig zu wissen, ist, dass sich die Entscheidungen der Notenbanken erst mit einer zeitlichen Verzögerung in der Realwirtschaft bemerkbar machen. Demgegenüber reagieren die Finanzmärkte manchmal sofort heftig auf die Bekanntgabe von beschlossenen Massnahmen oder Nullentscheidungen. Die Börse versucht umgehend, die Auswirkungen der Notenbankentscheidungen abzuschätzen. Im Laufe der Geschichte haben die Notenbanken ihre Instrumentarien verfeinert und erweitert. Ursprünglich, d. h. in den Gründerzeiten, waren die Zentralbanken insbesondere mit der Einführung und Versorgung einer Nation mit Noten und Münzen sowie der Gewährleistung eines reibungslosen Zahlungsverkehrs beauftragt. Heute wachen die Notenbanken als Bank der Banken oftmals auch über das Bankensystem (Bankenaufsicht) und die Finanzmarktstabilität. Zwecks Sicherung der Finanzmarktstabilität kommen vermehrt sogenannte makroprudenzielle Instrumente (Vorschriften) zum Einsatz.

Die Währungshüter, wie die Notenbanken auch genannt werden, steuern den Geldkreislauf über die Geschäftsbanken sehr aktiv, in dem sie beispielsweise die Leitzinsen festlegen und Vorschriften erlassen zu Mindestreserven, Liquidität und Eigenkapital. All diese Massnahmen beeinflussen die Kreditpolitik der Geschäftsbanken in erheblichem Masse. In jüngster Zeit ist zudem zu beobachten, dass viele Notenbanken begonnen haben, aktiven Einfluss auf den Aussenwert der eigenen Währung zu nehmen. Die Präsidenten der Notenbanken würden weder von einem Währungskrieg noch von einem Währungspoker sprechen wollen. Klar ist aber, dass es in einer Phase moderaten Weltwachstums ein Wettbewerbsnachteil ist, wenn die eigene Währung zu schnell und stark aufwertet. Die Schweizerische Nationalbank musste (nach einer immensen Anhäufung von Fremdwährungen) Mitte Januar 2015 vor den Marktkräften kapitulieren und gab den Mindestkurs von CHF 1.20 pro Euro auf.

Noch nie zuvor waren so viele Notenbanken in Industriestaaten so ultraexpansiv wie heute. Die Zinsen notieren auf historischen Tiefstwerten und sind vielerorts sogar in den negativen Renditebereich gerutscht (u. a. aufgrund massiver Anleihenkaufprogramme). Das internationale Zinsgefüge hat eine Struktur angenommen, die man sich früher so nicht hätte vorstellen können. Während es in der Startphase zu einer beträchtlichen Entspannung an den Kreditmärkten und einer Beruhigung in der Realwirtschaft gekommen ist, scheinen die geld-

politischen Antriebskräfte nun nachzulassen. Die Eurozone wächst bescheiden, in Japan stottert der Konjunkturmotor und auch in den USA hat Wachstumsdynamik nachgelassen.

Die Notenbanken können zwar einen Einfluss auf die Wirtschaftsentwicklung nehmen; sie können aber strukturelle Probleme in einer Volkswirtschaft nicht beseitigen. Sie sind auch nicht allmächtig: Die Stimulierung der Wirtschaft durch die Notenbanken ist daher als vorübergehendes Phänomen zu betrachten. Gegen Ende eines Konjunkturzyklus, wenn die Notenbanken – zwecks Vermeidung einer Überhitzung – die geldpolitischen Zügel straffen, geht es oft nicht lange und das Wirtschaftsklima verdüstert sich.

Vielen Menschen glauben nicht mehr daran, dass die Zinsen wieder auf zyklische (historische) Mittelwerte steigen werden; zu oft wurde eine Zinsnormalisierung vertagt. Früher oder später wird es aber zu Zinsanhebungen kommen. Es ist zu befürchten, dass dann viele Akteure (Kreditnehmende) auf dem falschen Fuss erwischt werden. Dies wiederum wird sehr nachteilige Folgen für die Wirtschaft haben. Die Notenbanken sind mit ihren Massnahmen zu weit gegangen. Die Auflösung bzw. Rückabwicklung der extremen Zinsentscheide wird zu erheblichen Verwerfungen führen.

Wachstum und (Unternehmens-)Kultur

Die Geisteshaltung bezüglich Marktwirtschaft und Unternehmertum ist nicht gottgegeben. Die Führer aus Wirtschaft und Politik sind gefordert – zum Wohl des eigenen Landes – das nötige Vertrauen zu schaffen, um ein möglichst gesundes Wachstum und kontinuierliche technologische Fortschritte zu ermöglichen, welche helfen, die Lebensqualität zu sichern und zu steigern. Sie haben die Macht und den Einfluss die Rahmenbedingungen und Leitlinien so auszugestalten, dass das Wirtschaften im eigenen Land so nachhaltig wie nur möglich ist. Dazu ist es wichtig, dass auf die Bedürfnisse und Fertigkeiten der Bevölkerung bestmöglich eingegangen wird. Es ist besonders wichtig, realistische Ziele zu verfolgen, die nicht kurzfristig und riskant sind, sondern mittel- und langfristig erstrebenswert und umweltschonend. Viele Finanzinstitute haben in den letzten Jahren viel Vertrauenskapital verloren: Die Firmenkultur stimmte nicht. Offene Volkswirtschaften wie die Schweiz formulieren keine expliziten, quantitativen Wachstumsziele. Bestimmte qualitative Ziele könnten allerdings problemlos formuliert werden, damit die Menschen wissen, in welche Richtung die politischen Volksvertreter das Land weiterentwickeln möchten. In zentralistisch geführten Ländern werden zum Teil immer noch ‚Wirtschaftsvorgaben‘ gemacht. Gemäss dem neuen Fünfjahresplan 2015 soll die Volksrepublik China jedes Jahr um mindestens 6.5% wachsen. Mit solchen Expansionsraten könnte bis 2020 das angestrebte Ziel einer Verdoppelung der Wirtschaftsleistung und der Einkommen verglichen mit 2010 erreicht werden. Daneben verspricht die kommunistische Führung weitere Fortschritte. Mit diesen ehrgeizigen Wachstumszielen signalisiert die Regierung gegen innen und aussen Stärke. Sollte sich aber der schon sehr lange andauernde Aufschwung schneller als erwartet abkühlen, würde die Zielverfehlung wohl zu einer grossen Enttäuschung und allgemeinen Verunsicherung führen. Besser wäre es auf qualitative Wirtschaftsziele zu setzen, die langfristig erreicht werden sollen und den Menschen als erreichbar und erstrebenswert scheinen. In einem Land, welches das Unternehmertum fördert, pflegt und hochhält, finden innovative Menschen einen idealen Boden, um sich wirtschaftlich entfalten zu können. Eine solche Volkswirtschaft wird eine überdurchschnittliche Anzahl an Innovationen (Geistiges Eigentum) hervorbringen und viele zukunftsgerichtete Jobs anziehen und binden können.

Zyklisches Wachstum

Das Wirtschaftswachstum verläuft seit jeher in Zyklen. Einen zyklischen Aufschwung darf man nicht vollständig als nachhaltig betrachten. Ein Teil davon geht beim anschliessenden Abschwung wieder verloren. Das ‚effektive‘ Wachstum ergibt sich erst, wenn man den Anstieg von einem Konjunkturhoch zum nächsten vergleicht. Ähnlich verhält es sich mit dem Kreditwachstum, welches sich volatil/sensibler als das Wirtschaftswachstum entwickelt und mit einer zeitlichen Verzögerung auf Wachstumsveränderungen reagiert (nacheilender Indikator). Verschiedene namhafte Forschungsinstitute und Notenbanken haben ausgerechnet, wie viele Quartale es nach Ausbruch der Grossen Rezession in wichtigen Industrieländern/Währungszonen gebraucht hat, bis das Bruttoinlandprodukt wieder das Vorkrisenhoch erreichen oder übertreffen konnte. Aus diesen Zahlen lässt sich sicher herauslesen, wie hart es die Eurozone getroffen hat. Demnach hat die Eurozone auch nach fast 30 Quartalen beim realen Bruttoinlandprodukt noch nicht die Höhe vom ersten Quartal 2008 erreicht (Erreichungsgrad: ca. 99% per September 2015). In früheren Krisen (Ausgangspunkt: Konjunkturhoch 1974Q3, Konjunkturhoch 1980Q1 und Konjunkturhoch 1992/Q1) betrug die jeweilige Aufholzeit maximal acht Quartale! Die USA benötigte übrigens für die Überwindung der schweren Krise nach dem Zusammenbruch der Bank Lehman Brothers etwa 14 Quartale, also deutlich weniger als die Eurozone. Die Schweiz wuchs von 2008Q1 (zurzeit als die Bankenkrise ruckbar wurde) bis 2015Q2 erstaunlich stark; über die Zeitspanne fällt die wirtschaftliche Expansion etwa gleich stark aus wie in den USA. Seit Anfang 2015 leidet die Schweiz allerdings stark unter der Euroschwäche (Aufgabe des Mindestkurses von CHF 1.20 pro Euro). Ganz besonders hart hat es die exportorientierte Industrie und den Tourismus getroffen. Der helvetische Konjunkturmotor stottert. Die Frankenstärke hat der Schweizer Wirtschaft arg zugesetzt.

Übertreibungen beim Wachstum

Von Zeit zu Zeit fällt das zyklische Wachstum besonders hoch aus. Die Wirtschaft mündet in einen regelrechten Boom und kann zu einer breiten Euphorie heranwachsen. Diese Art von Wachstum kann man als Wucherung bezeichnen, die nicht nachhaltig ist. Bei den Investitionen auf den Güter- und Finanzmärkten kommt es zu Fehlallokationen: Die künftigen Renditeerwartungen sind zu hoch. Es werden Überkapazitäten aufgebaut. Je grösser der Boom ausfällt, desto grösser ist üblicherweise die nachfolgende Korrektur, welche die vormaligen Fehlentwicklungen (Übertreibungen) korrigiert. Bis zum konjunkturellen Tiefpunkt fällt die Kapazitätsauslastung markant; die Arbeitslosigkeit schießt in die Höhe.

Wettbewerbsverzerrendes Wachstum

Ein Land, das vor allem deshalb mehr exportiert als importiert, weil es für eine verzerrte Wettbewerbssituation sorgt (welche die Handelspartner benachteiligt), stiehlt in gewisser Weise Wachstum von anderen Wirtschaftsnationen. Folgende Markteingriffe sorgen für eine verzerrte Marktsituation: Währungsdumping, Importbeschränkungen, Exportsubventionen, Standortdumping (Steuern, Investitionserleichterungen), Diebstahl von fremdem Geistigen Eigentum (Werkspionage, Datenklau, Patentnachahmungen) und anderen Wirtschaftssanktionen und einseitige Einschränkungen im Personenverkehr. Problematisch werden solche Situationen, wenn sie lange andauern und andere Länder dadurch in ihrem Wachstum so stark eingeschränkt werden, dass dort eine wirtschaftliche Schieflage entsteht. Zu gefährlichen Ungleichgewichten (und politischen Auseinandersetzungen) kann es auch innerhalb von Währungsräumen kommen, wenn z. B. einige wenige Länder über längere Zeit hinweg

markante Leistungsbilanzüberschüsse erzielen, während viele andere Staaten laufend Defizite produzieren. Eine solche Situation zeigt, dass auch innerhalb eines Währungsgebietes deutliche Unterschiede bezüglich der individuellen Wettbewerbsfähigkeit herrschen können. Innerhalb der Eurozone bestehen solche Divergenzen schon seit Längerem: Eine solche Situation ist nicht nachhaltig. China hat in den vergangenen Jahren durch die erzielten Überschüsse im Handel mit dem Ausland enorme Devisenreserven aufbauen können. Dies ist zu einem gewissen Teil wohl auf die staatliche Wechselkurssteuerung des Renminbis auf einem zu tiefen Niveau zurückzuführen. Auf der anderen Seite ist es ein sehr heikles (und nicht nachhaltiges) Unterfangen eine Währung langfristig von den Marktkräften abzuschotten. In einer eher kurzen, rückwärtsgerichteten Betrachtungsweise hat der Exportboom der chinesischen Wirtschaft sicherlich genützt. China ist in vielen Bereichen zum Werkplatz Nr. 1 der Welt emporgestiegen. Selbst das gestohlene Wachstum kann zu einem zusätzlichen Weltwirtschaftswachstum beitragen (mehr als ein Nullsummenspiel), obschon ja ein erheblicher Teil aufgrund von Verschiebungen in anderen etablierten Nationen verloren geht. Die durch einen Exportboom ausgelösten Impulse (Initialzündung) können in einem Schwellenland Multiplikatoreffekte freisetzen und eine ganze Nation beflügeln.

Ideale Wachstumsverhältnisse

Die Wirtschaftsakteure handeln verantwortungsbewusst, ökologisch und möglichst sozial gerecht. Eine gesunde wirtschaftliche Expansion fusst nicht mehrheitlich auf Kredite, die jederzeit gekündigt werden können und deren (Erneuerungs-)Konditionen abrupt ändern können, sondern in erster Linie auf Erspartem/Erarbeitetem (Rücklagen). Auf internationaler Ebene sind möglichst ausgeglichene Handelsbilanzen ideal. Es besteht ein Trend zu einem spannungsfreien Gleichgewicht. In einer solchen Situation erleichtern stabile Wechselkurse den Handel und damit auch die Kalkulation. Länder, die hohe Exportüberschüsse erzielen, werden hingegen mit einem Währungsanstieg ‚bestraft‘, demgegenüber schwächen sich die Devisen von Staaten mit hohen Importüberschüssen ab. Mit diesem *ceteris paribus* ausgleichenden Mechanismus kann sich im Idealfall die Konkurrenzfähigkeit zweier Handelspartner wieder etwas angleichen. Sehr heikel wird es, wenn es Länder mit einer negativen Leistungsbilanz trotz einer sich abschwächenden Währung nicht schaffen, innert nützlicher Frist ihre internationale Konkurrenzfähigkeit wieder zu steigern und auch im Kapitalanlagebereich (Investments) nicht imstande sind, ausländische Gelder (Devisen) anzuziehen. Dasselbe gilt für Staaten, die in einem Währungsverbund (Währungsraum) mit anderen Staaten eingebunden sind und es nicht hinkriegen, andauernde Ungleichgewichte nachhaltig zu beheben. Auf Länderebene sind gute Beziehungen zu möglichst vielen Staaten wünschenswert. In vielen Fällen ist es vor allem den langjährigen, historisch gewachsenen Wirtschaftsbeziehungen zu verdanken, dass Problemstaaten nicht unkoordiniert abstürzen, sondern von ihren Partnern ‚gerettet‘ werden.

Industrieländer versus Schwellenländer

Die Schwellenländer verdanken ihren imposanten Aufstieg normalerweise über ihre arbeitsintensiven Angebote im Lowtech-Bereich. Dabei wird vor allem auf das Know-how von den technologisch weit fortgeschrittenen Industrieländern zurückgegriffen. Die Industrieländer kompensieren die entsprechenden Verluste im Lowtech-Segment durch Weiterentwicklungen in den Bereichen Midtech und Hightech. Die Herstellung von Lowtech-Produkten müssen sie entweder aufgeben oder in aufstrebende Länder mit vergleichsweise sehr tiefen Löhnen verlagern. Die Schwellenländer profitieren von einer lebhaften Nachfrage aus den Industriestaaten und in wirtschaftlich rosigen Zeiten von einem kräftigen Zufluss an Kapital und

Know-how. Neben den deutlich tieferen Herstellungskosten spielt auch immer mehr die Nähe zur dortigen Kundschaft eine entscheidende Rolle für den Entscheid, neue Fabrikationsstätten in Schwellenländer aufzubauen.

Fazit: Nichts ist steter als der Wandel – Die Schweiz gestern, heute, morgen

Alles ist Veränderungen unterworfen. Wer sich dem Wandel entzieht, wird überholt und droht früher oder später aus dem Rennen zu fallen. Wer versucht prozyklisch zu agieren, hat bessere Chance später nicht unter dem Druck der Märkte überstürzt handeln zu müssen. Mit einem steten Tüfteln an Produktverbesserungen und Innovationen schafft ein Land ausgezeichnete Voraussetzungen für die langfristige Sicherung von Wohlstand und Freiheit. Dabei gilt es stets zu berücksichtigen, dass es trotz der enormen Konkurrenzsituation auf den Weltmärkten wichtig ist, dass das Gefälle von armen und reichen Staaten nicht weiter zunimmt. Ansonsten läuft selbst die reiche Schweiz Gefahr, irgendwann Opfer ihres eigenen Erfolgs zu werden.

Fast vergessen: Mitte des 19. Jahrhunderts grassierte in der Schweiz der Pauperismus, d. h. eine Massenarmut (Höhepunkt zwischen 1835 und 1860). Als *pauper* galt, wer trotz Arbeit kein ausreichendes Einkommen erwirtschaften konnte. Gemäss dem Historischen Lexikon der Schweiz standen damals ganz unterschiedliche Massnahmen zur Diskussion, um den Pauperismus zu bekämpfen. Zu den unterbreiteten Vorschlägen gehörten die Begrenzung des demografischen Wachstums, Innovationen in der Landwirtschaft zur Ertragssteigerung und damit zur Verbesserung der Ernährungslage, eine gleichmässigerere Verteilung des Landwirtschaftslands, die Industrialisierung zur Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten, die Auswanderung sowie die Bekämpfung von Alkoholismus und Bettelei.

Heute, 160 Jahre später, geht es darum, das sehr hohe Wohlstandsniveau aufrechtzuerhalten. Anfangs Dezember 2015 hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Rahmen der ‚OECD Economic Surveys‘ den ‚Länderbericht Schweiz‘ vorgestellt. Als eine der wichtigsten Massnahmen empfiehlt die OECD in ihrem sehr interessanten Analysebericht, das für den Wohlstand grundlegende Produktivitätswachstum durch gezielte Massnahmen anzukurbeln. Die OECD weist darauf hin, dass sich die Schweizer Wirtschaft nach 2008 (Ausbruch der Finanzkrise) gut entwickelt habe. Der von der OECD gemessene Produktivitätszuwachs fiel in dieser Zeitspanne mit etwa 3% jedoch schwach aus verglichen mit dem Reallohnanstieg von fast 20%. Eine solche Entwicklung führt zu einer Verengung der Gewinnmargen. Die sehr bescheidene Produktivitätsentwicklung könnte für die Schweiz zu einem ernsthaften Wettbewerbsnachteil (Schwachpunkt) werden. Dies insbesondere, falls zu einem bestimmten Zeitpunkt die Zinsen wieder zu steigen beginnen und/oder sich der Schweizer Franken noch weiter aufwertet. Das Abstimmungsresultat der ‚Masseneinwanderungsinitiative‘ von Februar 2014 könnte sich nach Ansicht der OECD ebenfalls negativ auf das Wachstum in der Schweiz auswirken. Eine Intensivierung des Wettbewerbs wäre laut OECD zum Beispiel in den Bereichen Telekommunikation und Energie möglich, wo die öffentliche Hand hohe Beteiligungen hält. Im Agrarsektor, der durch hohe Zölle und Direktzahlungen gekennzeichnet ist, sollten die Reformen weitergeführt werden. Die Anzahl der Freihandelsabkommen sollte erweitert werden. Daneben empfiehlt die OECD auch Massnahmen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Arbeitsmarkt, Rentenalter und Ökologie. Je nach Gebiet haben die Empfehlungen mehr Effizienz, mehr Flexibilität, mehr Transparenz und mehr Nachhaltigkeit zum Ziel. Die fiskalische Position der Schweiz wird als solid eingestuft. Weil die staatlichen Ausgaben, u. a. im Zusammenhang mit der demografischen Alterung, zunehmen werden, besteht ein Druck, die Effizienz im öffentlichen

Sektor zu verbessern. Ein weiteres Risiko für die hiesige Volkswirtschaft stellen gemäss OECD die Überhitzungserscheinungen auf dem Schweizer Immobilienmarkt dar. Auch hier präsentiert die OECD Empfehlungen, u. a. im Bereich der Tragbarkeitsberechnung von Hypothekarkrediten. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) kommentiert die OECD-Empfehlungen übrigens sehr treffend mit „*Wie die Schweiz in der Zukunft fit bleibt.*“

1.12.15 Herbert Fritschi und Gion Reto Capaul